



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
10.03.2021
- 3 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
- 4 Betrauung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen  
Interesse in Umsetzung der SSV-Beschlüsse zur Überführung der  
Arbeitsverhältnisse in den TVöD  
Vorlage: 21/SVV/0275  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und  
Gesundheit  
zur Erledigung
- 5 Entsendung von zwei Mitgliedern des Hauptausschusses in die Arbeitskreise  
des kommunalen Präventionsrates der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0287  
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 6 Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der geplanten Entscheidung zum  
Abriss/Sanierung Staudenhof  
Vorlage: 21/SVV/0335  
Fraktion DIE LINKE
- 7 Lottenhof - Ostmoderne am Eingang zum Weltkulturerbe  
Vorlage: 21/SVV/0358  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Stadtentwicklungskonzept Einzelhandel der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/1030  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 8.2 Mieterhöhungsmoratorium in der Coronakrise  
Vorlage: 20/SVV/1365  
Fraktion DIE aNDERE
- 8.3 Finanzierungsvereinbarung zwischen LHP und ViP  
Vorlage: 21/SVV/0080  
Fraktion AfD

- 8.4 Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland  
Vorlage: 21/SVV/0049  
Fraktion Freie Demokraten
- 8.5 Neubildung des Aufsichtsrates der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH  
Vorlage: 21/SVV/0172  
Fraktion DIE aNDERE
- 8.6 Neuorganisation der Geschäftsführung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"  
Vorlage: 21/SVV/0174  
Fraktion DIE aNDERE
- 8.7 Faire Bezahlung für langjährige Beschäftigte im städtischen Klinikum und dessen Tochtergesellschaften  
Vorlage: 21/SVV/0222  
Fraktion DIE aNDERE
- 8.8 Keine Vergabe von Leistungen des Klinikums zu Bedingungen unterhalb des TVöD  
Vorlage: 21/SVV/0223  
Fraktion DIE aNDERE
- 8.9 Väterbeteiligung an Elterngeld und Elternzeit in der LHP erhöhen  
Vorlage: 21/SVV/0187  
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0276  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 9.2 2. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit  
Vorlage: 21/SVV/0202  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 9.3 Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zur Tank- und Raststätte Havelseen  
Vorlage: 21/SVV/0288  
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 9.4 Untersuchung Potsdamer Glockenspiel  
Vorlage: 21/SVV/0352  
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 10 Sonstiges

- 17            Zuwendungsrichtlinie zur kostenlosen Durchführung von Schnelltests für  
Potsdamer Bürger\*innen

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1            Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2            Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.03.2021**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung verweist er auf den regelmäßigen Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie, den er wie gewünscht zu Beginn der Sitzung geben werde.

Unter Verweis auf den vom Hauptausschuss gefassten Grundsatzbeschluss zu abweichenden Sitzungsformaten während der Corona-Pandemie schlägt er vor, die Tagesordnung für die heutige Sitzung deutlich einzukürzen. Da noch zwei weitere Sitzungen des Hauptausschusses geplant sind, können die aus der Stadtverordnetenversammlung überwiesenen Vorlagen rechtzeitig votiert werden, so dass einer Beschlussfassung am 05. Mai 2021 nichts im Wege steht.

Im Ergebnis der Verständigung zur Tagesordnung werden

- die Tagesordnungspunkte 8.1 – 8.6 und 8.9 **zurückgestellt**, ebenso alle Mitteilungsvorlagen unter dem Tagesordnungspunkt 9
- **und** der Tagesordnungspunkt 5, DS 21/SVV/0287 - Entsendung von zwei Mitgliedern des Hauptausschusses in die Arbeitskreise des kommunalen Präventionsrates der Landeshauptstadt Potsdam, da noch keine namentlichen Vorschläge vorliegen und die Fraktionen Gelegenheit haben, sich dazu zu verständigen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie der Tagesordnungspunkt 17 - Zuwendungsrichtlinie zur kostenlosen Durchführung von Schnelltests für Potsdamer Bürger\*innen – beraten werden soll, da es dazu keinen Beschlussvorschlag gibt, informiert der Oberbürgermeister, dass es dieser Richtlinie nicht mehr bedürfe und im Rahmen der weiteren Beratung dazu Stellung genommen werde.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 35. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 10.03.2021 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

**neu** Sachstand Corona-Pandemie

Mit einer Tagesinzidenz von 99,8, so der Oberbürgermeister, und den dazugehörigen Merkmalen, wie die Bettenauslastung in den Krankenhäusern, bleibe die Corona-Ampel in Potsdam auf gelb. Um Potsdam herum sehe die Lage anders aus und stünden in mehreren Landkreisen die Corona-Ampeln auf Rot.

Gemäß des Beschlusses der Bundeskanzlerin mit den MinisterpräsidentInnen am 22. März 2021, Punkt 3, Buchstabe b (weitergehende Verpflichtungen, in Bereichen, in denen die Einhaltung von Abstandsregeln und konsequente Maskentragung erschwert sind, tagesaktuelle Schnelltests zur Voraussetzung zu machen), werde die Stadt Potsdam dies ab Samstag für den Handel, insbesondere in der Innenstadt, festlegen. Zielstellung ist, so lange wie möglich unter der Zahl 100 zu bleiben, da ansonsten Regelungen zur Schließung greifen. Bereits seit letzten Samstag gelte wieder die Maskenpflicht in der Potsdamer Innenstadt und in Babelsberg. Seit dem gestrigen Tag wurde die Teillieferung von Schnelltests des Landes seitens der Stadt ergänzt, um an weiterführenden Schulen diese gewährleisten zu können. An 13 Schulen wurden ein oder mehrere Fälle festgestellt; der Stand der Kontaktpersonen 1. Grades bewege sich wie um die Weihnachtszeit.

In der sich anschließenden Diskussion macht Herr Friederich darauf aufmerksam, dass die Vorlage eines tagesaktuellen Tests für den Einzelhandel kritisch gesehen werde. Im Discounter müsse das auch keiner tun und ebenso sei offen, wie mit Besuchern aus dem Umland umgegangen werde, wo keine kostenlosen Tests zur Verfügung gestellt werden. Das stärke den Einzelhandel nicht und hier sollte schnellstens auf die Luca-App zurückgegriffen werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf die klare Regelung, dass jeder Bürger Anspruch auf mindestens einen kostenlosen Test/Woche hat. Das Ergebnis gelte für 24 Stunden; Anreize für Einkäufer aus dem Umland zu schaffen, halte er für falsch – vor allem dann, wenn dort die Ampeln auf Rot stehen. Herr Friederich betont, dass es von und nach Potsdam eine große Pendlerbewegung durch Berufstätige und Schüler gebe, da werde auch kein tagesaktueller Test verlangt. Der Oberbürgermeister verweist auf die Verfügung des Landes und den Beschluss der Bundesregierung. Potsdam sei keine Insel, sondern umgeben von Landkreisen mit wesentlich höheren Inzidenzzahlen. Wenn Potsdam hier Modellkommune werden wolle, gehe das nur über Testungen. Diese Maßnahme sei keine schöne, aber eine notwendige. Die Bettenauslastung in den Krankenhäusern steige wieder und das sei zwingend zu berücksichtigen.

Herr Kube spricht sich dafür aus, die entsprechenden Maßnahmen auch durchzusetzen und deshalb auf die Polizei zuzugehen. Bilder und Berichte, wie von der Demonstration am letzten Samstag sind schlechte Signale. Hier, so der Oberbürgermeister, haben Maßnahmen nicht gegriffen und das wurde auch ausgewertet.

Bezüglich der Frage, warum das Corona-Konzept der Stadt erst der Presse und dann den Stadtverordneten vorgelegen habe, sei nicht erklärlich, so der Oberbürgermeister und bittet dieses zu entschuldigen.

### zu 3 **Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden**

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass Frau Armbruster nicht mehr Mitglied im Hauptausschuss ist und demzufolge auch die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden nicht mehr ausüben könne.

Herr Dr. Zöller schlägt als Kandidatin Frau Saskia Hüneke vor, die durch ihre langjährige Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung hinlänglich bekannt sei. Der Oberbürgermeister unterstützt diesen Vorschlag, u.a. weil Frau Hüneke in der Gremienarbeit sehr erfahren ist und schlägt im Weiteren vor, diese Wahl offen durchzuführen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich sowohl für die offene Wahl als auch für die Kandidatur von Frau Hüneke aus.

#### **Abstimmung:**

Die offene Wahl wird einstimmig bestätigt.

#### **Abstimmung:**

Frau Hüneke wird als stellvertretende Vorsitzende mit Stimmenmehrheit, ohne Gegenstimme, **gewählt**.

Frau Hüneke nimmt die Wahl an.

### zu 4 **Betrauung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in Umsetzung der SSV-Beschlüsse zur Überführung der Arbeitsverhältnisse in den TVöD**

#### **Vorlage: 21/SVV/0275**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit  
zur Erledigung

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, bringt die Beschlussvorlage in der Fassung vom 23.03.2021 ein.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass mit dem jetzt zu fassenden Beschluss der Auftrag ausgelöst werde, den Betrauungsakt vorzubereiten und letztlich in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Er dankt für die von ihm erbetene Übersicht zu „Jahresergebnissen, Tarifverträgen, Servicegesellschaften und Betrauungen nach Standorten großer kommunaler Krankenhäuser 2019“ und schlussfolgert daraus, dass das was Potsdam mit dem Betrauungsakt plane, „schon etwas Besonderes“ sei und insbesondere für ostdeutsche Kommunen ein Alleinstellungsmerkmal.

In der Tat, so der Oberbürgermeister, habe Potsdam hier eine Singularität, insbesondere, weil auch Tochterunternehmen in die Betrauung eingeschlossen werden. Im Westen der Bundesrepublik, so Frau Meier, seien Betrauungsakte eher üblich; wenn im Osten dieser Weg gegangen werde, dann nicht für die Servicegesellschaften.

Herr Said merkt an, dass Bedarfe für weitere Unterstützungsmaßnahmen auf Grund der Corona-Pandemie über den Betrauungsakt hinaus erforderlich seien.

Herr Heuer verweist auf die vorliegende neue Fassung und macht darauf aufmerksam, dass der Betrauungsakt kein Mechanismus sei, sondern Voraussetzung dafür, dass überhaupt Zuschüsse gezahlt werden können.

Herr Friederich nimmt Bezug auf die in dieser Fassung enthaltene Ergänzung, dass im Verlauf der 10-jährigen Betrauung durch die KEvB alle Anstrengungen zu unternehmen sind, um das Defizit und mithin den nötigen Zuschussbedarf wirtschaftlich auszugleichen. Diese Ergänzung sei wichtig, aber auch „gefährlich“, weil das Klinikum Gefahr laufe auf Verschleiß zu fahren, um diesem Auftrag nachzukommen. Das dürfe nicht passieren und sei eine Herausforderung, die nicht aus dem Blick geraten dürfe. Deswegen sei es wichtig, dass die Verwaltung rechtzeitig entsprechende Signale an die Politik gebe. Bezüglich der Nachfragen von Herrn Kube zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) und von Herrn Teuteberg zu den Möglichkeiten, auch andere Kliniken mit einzubeziehen, verweist der Oberbürgermeister auf die Ausführungen von Herrn Dr. Lück in der Sitzung des Hauptausschusses am 24.02.2021. Herr Teuteberg betont, dass er eine branchenbezogene Ungleichbehandlung befürchte und deshalb bittet, dies zu prüfen und optionale Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Auf seine Nachfrage bezüglich des Bedarfs an weiteren Zuschüssen für das Klinikum, antwortet Herr Schmidt (Geschäftsführer KEvB) und verweist auf die Rahmenbedingungen und den dauerhaften Fehlbetrag von 8 – 9 Mio. Euro in Folge der Rückkehr in den TVöD sowie auf coronabedingte Mehrkosten, die entstehen, weil der Rettungsschirm der Bundesregierung nicht auskömmlich sei.

### **Der Hauptausschuss beschließt**

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Betrauungsakt zur Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten, der die Betrauung der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB) ab dem 01.06.2020 für 10 Jahre mit der Wahrnehmung von Dienstleistungsaufgaben von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vorsieht.**

**Über den von der Landeshauptstadt Potsdam an die KEvB für die im Rahmen der Betrauung zu erbringenden Dienstleistungsaufgaben gegebenenfalls zu zahlenden Ausgleich wird jeweils mit den Beschlüssen zum Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung entschieden. Im Verlauf der 10-jährigen Betrauung sind durch die KEvB alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Defizit und mithin den nötigen Zuschussbedarf wirtschaftlich auszugleichen.**

- 2. Um den DAWI-bezogenen Fehlbetrag für 2020 und 2021 ermitteln zu können, wird die Geschäftsführung des KEvB angewiesen, bis Mai 2021 einen für 2020 DAWI-konformen Jahresabschluss und für 2021 DAWI-konformen Wirtschaftsplan (Trennungsrechnung) vorzulegen.**
- 3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2021 einen Betrauungsakt, der die konkreten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auf dem Gebiet der Landeshauptstadt**

**Potsdam definiert, zur Beschlussfassung vorzulegen.**

- 4. Für alle Dienstleistungsaufgaben, welche nicht von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse sind, wird der Oberbürgermeister beauftragt, entsprechende Vorschläge für das weitere Vorgehen vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 1  
Stimmenthaltung: 1

**zu 8.7 Faire Bezahlung für langjährige Beschäftigte im städtischen Klinikum und dessen Tochtergesellschaften**

**Vorlage: 21/SVV/0222**

Fraktion DIE aNDERE

Der Oberbürgermeister informiert über einen Antrag auf Rederecht von der Fraktion DIE aNDERE für Frau Gabriela Schwan, Diagnostik des KEvB. Dem Antrag auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

In ihrem Redebeitrag erläutert Frau Schwan die Rahmenbedingungen für die Rückkehr in den TVöD/KAV und die daraus resultierende Benachteiligung langjähriger Beschäftigter.

Anschließend bringt Herr Kube den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE ein.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, begründet in ihren Ausführungen, warum dieser Antrag schon allein aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar sei. Sie betont, dass mit der Rückkehr in den TVöD dieser auch gelte und auch die Eingruppierung mit den Erfahrungsstufen regele. Entsprechend des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurde die Fristsetzung zum 01.06.2020 umgesetzt. Hier hätte es eines Überleitungsvertrages bedurft; der war aber nicht beauftragt.

Im Weiteren erläutert Herr Schmidt (Geschäftsführer KEvB) detailliert den Rechtsrahmen für die Umsetzung des Beschlusses und verweist darauf, dass er diesen im Vorfeld und im Zuge der Umsetzung des Beschlusses immer wieder deutlich gemacht habe. Er bedauert, dass es neben vielen Gewinnern dieser Maßnahme auch enttäuschte KollegInnen gebe.

Frau Dr. Zalfen verweist darauf, dass diese Enttäuschung politische Dimensionen habe. Durch die Arbeit der Bürgerinitiative und die wiederholten Anträge in der Stadtverordnetenversammlung würden Erwartungen geweckt, die im rechtlichen Rahmen nicht funktionieren. Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung könne nicht der Eingriff in die Tarifautonomie sein.

Herr Heuer empfiehlt, das Arbeitsgericht zu diesem Sachverhalt anzurufen, um eine rechtssichere Entscheidung zu erhalten; dies sei der „ganz normale, übliche“ Weg.

Auf die Anmerkung von Herrn Kube, dass diese Schlechterstellung langjähriger Beschäftigter aufgelöst werden müsse und er das auch als Aufgabe der Beteiligten sehe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass der permanente Eingriff in das Unternehmen über Gesellschafterweisungen Gefahren berge, weil der „tiefe Einblick“ in das Unternehmen fehle.



Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam gGmbH (KEvB) - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Klinikum und dessen Tochtergesellschaften zumindest die Berufserfahrungsstufen, die die Beschäftigten im städtischen Klinikum erworben haben, bei Überführung der Arbeitsverträge in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) berücksichtigt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>10</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 8.8 Keine Vergabe von Leistungen des Klinikums zu Bedingungen unterhalb des TVöD**

**Vorlage: 21/SVV/0223**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kube bringt den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE ein.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, verweist auf die gesetzlichen Vorgaben, wie das Vergaberecht, die die Umsetzung des Antrages nicht erlauben.

Herr Teuteberg betont, dass er das als politischen Antrag sehe und ihn auch für zulässig halte. Die Vorgabe bestimmter Bedingungen sei legitim; ob das politisch auch gewollt sei, wäre eine andere Frage.

Herr Kolesnyk empfiehlt die Ablehnung des Antrags, da die rechtlichen Voraussetzungen fehlen und verweist darauf, dass das Land derzeit ein Tariftreugesetz prüfe.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam gGmbH (KEvB) - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Klinikum und dessen Tochtergesellschaften keine Bereiche und Leistungen mehr ausgeschrieben und an Dritte vergeben werden, die für diese Leistungen nicht mindestens die Bezahlung und Arbeitsbedingungen des TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) garantieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	2
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	3

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**PAUSE von 18:35 – 18:50 Uhr****Sachstand Workshop-Verfahren zur Behandlung des Berichts der Expertenkommission Klinikum Ernst von Bergmann**

Dazu wird eine dreiseitige „Skizze einer nachhaltigen Projektstruktur für den notwendigen Veränderungs- und Entwicklungsprozess innerhalb des KEvB und mit Bezug zum Aufsichtsrat und zur Gesellschafterversammlung“ ausgereicht, die anschließend von der Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert wird. Zielstellung sei u.a. die Erwartungen an ein Krankenhaus und das, was davon tatsächlich im Rahmen von bundes- und landesrechtlichen Regelungen geleistet werden kann, zu definieren sowie mit den Erfahrungen aus der Pandemie, den Katastrophen- und den Bevölkerungsschutz zu beleuchten.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die „Vorlage“, die in sich stimmig ist und auch die Vorschläge der Fraktionen berücksichtige. Zwar habe sich die Teilnehmerstruktur etwas verändert, aber es mache Sinn, den Kreis nicht zu groß zu wählen. Er plädiert dafür, die Workshops in Präsenz durchzuführen.

**zu 5 Entsendung von zwei Mitgliedern des Hauptausschusses in die Arbeitskreise des kommunalen Präventionsrates der Landeshauptstadt Potsdam****Vorlage: 21/SVV/0287**

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

**Zurückgestellt**, da noch keine namentlichen Vorschläge vorliegen.**zu 6 Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der geplanten Entscheidung zum Abriss/Sanierung Staudenhof****Vorlage: 21/SVV/0335**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag namens der Fraktion DIE LINKE ein und betont, dass eine Bürgerbeteiligung in diesem Zusammenhang nicht erfolgt ist und auch nicht erfolgt sein kann, weil die Beschlussvorlage erst seit Februar 2021 im Geschäftsgang ist. Unter der Maßgabe der neuen Erkenntnisse habe die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und eine Befragung der BürgerInnen schon ein Gewicht. Das solle aber nicht bedeuten, dass die Entscheidung bis zum Sankt-Nimmerleinstag verschoben werde.

Herr Said merkt an, dass der Hauptausschuss bereits eine Entscheidung getroffen habe und fordert die Fraktion DIE LINKE auf, dies zu akzeptieren.

Frau Hüneke äußert Zweifel daran, dass die Meinung zu dieser Thematik in einer mit ja oder nein zu beantwortenden Frage abgebildet werden kann. Sie plädiert

dafür, eine Bürgerbeteiligung im Zuge der weiteren Umsetzung des Beschlusses zu organisieren.

Herr Kolesnyk verweist darauf, dass sich mit dieser Thematik lange beschäftigt wurde und dies mit den gleichen Argumenten der Fraktion DIE LINKE und einer klaren Meinung der Stadtverordnetenversammlung.

In der Bevölkerung, so Herr Kube, sei der Staudenhof ein umstrittenes Projekt und bei solchen Themen die Bürgerbeteiligung ein legitimes Instrument.

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung der Werkstatt für Beteiligung in Vorbereitung auf die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zum Staudenhof durch geeignete Formen der Bürgerbeteiligung ein Meinungsbild aus der Stadtgesellschaft zu ermitteln.

Das könnte in einer repräsentativen Bürgerbefragung und/oder auch in anderen Formen erfolgen. Der Hauptausschuss ist unmittelbar einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	0

zu 7

**Lottenhof - Ostmoderne am Eingang zum Weltkulturerbe**

**Vorlage: 21/SVV/0358**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Der Oberbürgermeister merkt eingangs an, dass diese Beschlussvorlage ein gutes Beispiel gegen die Argumentation, jede „Ost-Architektur“ werde abgerissen, sei.

Anschließend bringen die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, und Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, Arbeit und Integration die Beschlussvorlage ein.

Nach einem kurzen Meinungs-austausch wird diese zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Die Landeshauptstadt Potsdam stellt den notwendigen Eigenmittelanteil in Höhe von 983.335,00 Euro zur Durchführung der Maßnahme „Lottenhof – Ostmoderne am Eingang zum Weltkulturerbe“ im Rahmen der Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus 2020 bereit.**

**Die Mittel werden im Rahmen künftiger Haushaltsplanungen gemäß der im Projektantrag dargestellten Finanzierungsübersicht (siehe Anlage) bereitgestellt.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 8.1 Stadtentwicklungskonzept Einzelhandel der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 20/SVV/1030**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

**Zurückgestellt** – Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung am 14.04.2021.

**zu 8.2 Mieterhöhungsmoratorium in der Coronakrise**

**Vorlage: 20/SVV/1365**

Fraktion DIE aNDERE

**Zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion fehlt.

**zu 8.3 Finanzierungsvereinbarung zwischen LHP und ViP**

**Vorlage: 21/SVV/0080**

Fraktion AfD

**Zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt.

**zu 8.4 Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland**

**Vorlage: 21/SVV/0049**

Fraktion Freie Demokraten

**Zurückgestellt** – das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung fehlt.

**zu 8.5 Neubildung des Aufsichtsrates der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH**

**Vorlage: 21/SVV/0172**

Fraktion DIE aNDERE

**Zurückgestellt** – da die Thematik im Zusammenhang mit dem Bericht der Expertenkommission in den dafür geplanten Workshops behandelt wird.

**zu 8.6 Neuorganisation der Geschäftsführung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"**

**Vorlage: 21/SVV/0174**

Fraktion DIE aNDERE

**Zurückgestellt** – da die Thematik im Zusammenhang mit dem Bericht der Expertenkommission in den dafür geplanten Workshops behandelt wird.

**zu 8.9 Väterbeteiligung an Elterngeld und Elternzeit in der LHP erhöhen**  
**Vorlage: 21/SVV/0187**  
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen  
**Zurückgestellt** – Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung am 14.04.2021.

**zu 9 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 9.1 Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam**  
**Vorlage: 21/SVV/0276**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration  
**Zurückgestellt** – Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung am 14.04.2021.

**zu 9.2 2. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit**  
**Vorlage: 21/SVV/0202**  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters  
**Zurückgestellt** – Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung am 14.04.2021.

**zu 9.3 Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zur Tank- und Raststätte Havelseen**  
**Vorlage: 21/SVV/0288**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur  
**Zurückgestellt** – Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung am 14.04.2021.

**zu 9.4 Untersuchung Potsdamer Glockenspiel**  
**Vorlage: 21/SVV/0352**  
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport  
**Zurückgestellt** – Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung am 14.04.2021.

**zu 10 Sonstiges**

**Workshop mit den Ortsbeiräten**

Herr Kümmel führt dazu aus, dass ein Workshop mit den Ortsvorstehern/Ortsvorsteherinnen mit dem Ziel stattfinden werde, die Anträge und die darin enthaltenen Forderungen sowie die Frage des Rahmens von Mitwirkungsmöglichkeiten der Ortsbeiräte zu besprechen.

Neben den Ortsvorstehern sollen die Fraktionen, die Geschäftsstelle des Bereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, das Büro des Oberbürgermeisters und das Büro der Stadtverordnetenversammlung vertreten sein. Weiterhin sei geplant, den Workshop vom kommunalwissenschaftlichen Institut begleiten zu lassen sowie eine externe Moderation zu gewinnen.

In Vorbereitung dessen sollen Interviews mit den Ortsvorstehern/Ortsvorsteherinnen geführt werden. Ziel sei es, die Anträge aus den Ortsbeiräten in einen Konsens zu bringen und im Hauptausschuss vorzustellen.

Aufgrund der Thematik werde das Format der Videokonferenz als nicht geeignet angesehen, so dass unter den pandemischen Bedingungen geprüft werden müsse, ob und wie eine Umsetzung noch vor der Sommerpause möglich sei.

### **Vorgehen Uferweg Griebnitzsee**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob eine Berichterstattung zum weiteren Vorgehen bzgl. des Uferwegs Griebnitzsee in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses möglich sei.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass sich der Hauptausschuss Anfang Mai mit dieser Thematik befasst.

Derzeit gebe es nicht viel neues dazu zu sagen, so dass nach einer Einarbeitungszeit der neuen Uferwegebeauftragten eine gut vorbereitete Information in 6 Wochen dem Anliegen besser gerecht werden könne.

### **Gemeinsame Sitzung Hauptausschuss und Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark**

Ebenfalls auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, zum avisierten Termin am 21.04.2021, antwortet der Oberbürgermeister, dass eine Präsenzsitzung auf Grund der Anzahl der Mitglieder beider Gremien und weiterer Akteure nur in der MBS-Arena möglich sei, allerdings nur, wenn sich die Infektionslage nicht verschlechtert. Im Ergebnis des Meinungsaustausches wird vereinbart, die gemeinsame Sitzung bis zur Besserung der Lage zurückzustellen.